

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität Bonn



Discussion Paper
C251
2019

Günther H. Oettinger

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit
Michael Gehler



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-91-6

Günther H. Oettinger studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen. Von 1984 bis 2010 war er Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg für die CDU und von 2005 bis 2009 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes in Baden-Württemberg. Seit 2005 ist er Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. Von 2005 bis 2010 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Im Februar 2010 wechselte er nach Brüssel als EU-Kommissar für Energie. Im November 2014 wurde er EU-Kommissar für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft und von Januar 2017 an EU-Kommissar für Haushalt und Personal.

Michael Gehler, Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim. 1999-2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien, Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Seit 2006 dreimal Jean Monnet Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Integrationsgeschichte durch die EU-Kommission und zudem 2013-2017 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien.

Günther H. Oettinger

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Es freut sehr, mit Ihnen sprechen zu können im Rahmen eines Langzeitprojekts über deutsche Kommissare in Brüssel von Hans von der Groeben bis Günther Oettinger. Befragt wurden bisher alle noch lebenden deutschen Kommissare zu ihrer Herkunft, ihrem Elternhaus und ihrer Bildung, so dass wir sie vor dem familiären Hintergrund einordnen konnten. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft sagen?

Oettinger:

Ich bin 1953 in Stuttgart geboren und während des zweiten Lebensjahres nach Ditzingen, einer Kreisstadt vor den Toren Stuttgarts, gekommen. Dort bin ich aufgewachsen. Kindergarten, Volksschule und danach, weil wir in Ditzingen kein Gymnasium gehabt haben, kam ich nach Korntal ans Gymnasium. Dort hatte ich achteinhalb Jahre Latein. Nach dem Abitur folgte der Wechsel zum Studium nach Tübingen.

Gehler:

Sie haben Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Eberhard Karls Universität Tübingen studiert. Was bewog Sie zu dieser Studienwahl?

Oettinger:

Ich war früh politisch interessiert. Ich komme aus einem Elternhaus, in dem viel über Politik gesprochen wurde. Mein Vater war ein Liberaler, FDP-Kreisvorsitzender, Kreisrat und Stadtrat. Er ist Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gewesen, was auch mein Berufsziel gewesen ist. Da

Günther H. Oettinger

kommen nicht so viele Fächer in Frage. Die beiden Dinge: Das politische Interesse aus dem Elternhaus und die Neigung, einmal in die Fußstapfen des Vaters zu treten, haben dann eigentlich zu Jura geführt. Da ich damals auch sportlich aktiv war – ich habe Tischtennis in einer Mannschaft gespielt – lag es dann nahe, nach Tübingen zu gehen. Tübingen ist im Grunde auch die Hochschule für die Studierenden aus Baden-Württemberg.

Gehler:

Wenn Sie an Ihre Studienzeit zurückdenken: Welche Erinnerungen haben Sie noch an Dozenten und Professoren, die für Sie prägend gewesen sind und einen bleibenden Eindruck auf Sie hinterlassen und möglicherweise Ihren weiteren Lebensweg beeinflusst haben?

Oettinger:

Professor Thomas Oppermann – Verwaltungsrecht, Staatsrecht, Europarecht. Er war später auch Berater von Erwin Teufel im Verfassungskonvent 2003, 2004, 2005 und im Vorfeld des späteren Vertrags von Lissabon. Professor Fritz Baur, Sachenrecht – ein herausragender Mann. Ich war nach dem ersten Examen Assistent bei Robert Scheyhing, einem Familienrechtler. Professor Günter Dürig war legendär. Mir fällt noch Professor Josef Esser ein – Schuldrecht – und Professor Jürgen Baumann, der später Senator in Berlin wurde. Er war Professor für Strafrecht. Das sind diejenigen, die mir spontan aus verschiedenen Fachrichtungen einfallen.

Gehler:

Wenn Sie noch einmal an Ihre Jugend- und Studentenzeit zurückdenken: Hatten Sie auch Vorbilder aus Politik und Gesellschaft jenseits der universitären Lehre?

Oettinger:

Ich selbst war eher ein Linksliberaler. Zwar kein 68er, aber schon ein Nach-68er. Mich hat beeindruckt, wie Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf die CDU erneuerten. In der Zeit nach Konrad Adenauer war es Kurt Georg Kiesinger. Es war Kohl aus der Pfalz und der Wissenschaftler Biedenkopf, der in der Industrie gearbeitet hat. Indirekt kam ich dann zu Matthias Wissmann. Wissmann stammt aus meinem Landkreis und war für mich der

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

erste Kandidat, für den ich Wahlkämpfer gewesen bin. Das war 1976 in meinem Heimatwahlkreis. Er war in Tübingen Student auf dem Weg zum Examen, also vier bis fünf Jahre älter als ich, aber eben doch eine prägende Person. Dann kam Lothar Späth, der schon Fraktionschef im Landtag war und später Ministerpräsident wurde. Das waren sicherlich die prägendsten Personen neben meinem Vater, der für mich ein politischer Ratgeber war.

Gehler:

Wenn Sie zurückdenken und versuchen, sich zu erinnern: wann ist Ihnen bewusstgeworden, dass Europa mehr ist als Geografie, Wirtschaft, Fleischberge und Milchseen, sondern ein zutiefst politisches Projekt, das eine ganz klar politische Stoßrichtung hat – jenseits von Markt und Wirtschaft?

Oettinger:

Wir waren als Familie oft im Elsass, in Straßburg, in der Altstadt, im Münster und dann ging es über die Weinstraße nach Colmar. Da waren wir sicherlich zwei Mal im Jahr – immer über Wochenenden. Mein Großvater war im Ersten Weltkrieg im Stellungskrieg im südlichen Elsass von 1914 bis 1916, eingesetzt und wir konnten während der Aussöhnung einfach dorthin fahren, aber trotzdem noch mit Passkontrolle und dem Franc als Währung. Damals haben die Elsässer kaum noch Elsässisch, also eine Art deutschen Dialekts gesprochen, sondern Französisch. Da wurde mir eigentlich sehr bewusst, wie etwas entsteht, aber noch nicht wirklich vollendet ist. Das war für mich der erste Eindruck, was Europa eigentlich heißt: Elsass und Baden-Württemberg. Hinzu kam dann die Städtepartnerschaft zwischen Straßburg und Stuttgart.

Gehler:

Ich würde gerne nochmal in die 1980er zurückgehen und zu ihrer Zeit als Landes- und Parteipolitiker. Von 1983 bis 1989 waren Sie Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg. Wo würden Sie sich im Verlauf Ihrer weiteren politischen Karriere im Spektrum der CDU verorten?

Oettinger:

Wenn die CDU aus drei Säulen bestehen sollte, also aus einem eher konservativen Teil, einem eher christsozialen Teil und einem liberalen Teil, dann würde ich mich eher im liberalen Teil sehen.

Gehler:

Wir haben im Jahre 2017 das beeindruckende Begräbnis, diesen Trauerfestakt in Straßburg, für Helmut Kohl erlebt. Darf ich Sie fragen, welche Erinnerungen Sie an Kohl haben, der als einer der großen Europäer gilt, der nach Jean Monnet und noch vor Jacques Delors zum Ehrenbürger Europas ernannt wurde. Eine Zusatzfrage: Bundesweit erregten Sie Aufmerksamkeit im Jahr 1988, als Sie Kritik an Kohl geübt und angeblich sogar dessen Rücktritt gefordert haben. Können Sie uns dazu etwas sagen? War damit das Verhältnis zu Kohl, der als Mann mit einem Elefantengedächtnis galt, belastet?

Oettinger:

Am stärksten beeindruckt war ich von dem Zehn-Punkte-Plan nach dem Fall der Mauer und der damit verbundenen Entschlossenheit, die deutsche Einheit zu erreichen im Winter 1989. Dazu kam noch seine Entschlossenheit, die europäische Währung durchzusetzen, auch im Bewusstsein der Gefahr, deshalb nicht wieder gewählt zu werden bei der Bundestagswahl 1998. Es war seine Entschiedenheit, mit Theo Waigel gemeinsam, in den Jahren 1996 und 1997.

Zu Ihrer zweiten Frage: Wir haben als Junge Union Baden-Württemberg an einem Landtag im Sommer 1988 am Bodensee den Rücktritt gefordert. Damals ging es um die Flugbenzin-Affäre und den Streit mit Franz Josef Strauß. Da gab es eine breite Bewegung, die gesagt hat, dass es so nicht geht. Das hat unser Verhältnis, ohne mich dabei zu wichtig nehmen zu wollen, deutlich belastet, zumal eben der damalige CDU-Landesvorsitzende Lothar Späth ein möglicher Nachfolger hätte sein können. Das hat Kohl mich dann lange Jahre spüren lassen. Wir waren einmal im Jahr als gesamte Länderfraktion mit unseren über 70 Abgeordneten in Bonn und da hat er mich das schon spüren lassen.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Wir wurden dann aber Freunde, nachdem er im Ruhestand war. Da habe ich ihn als Fraktionschef 2001 oder 2002 in seinem Büro besucht. Dort hatten wir sehr gute Gespräche. Meine damalige Frau, ihre Freundin und deren Mann waren auch einmal einen ganzen Abend mit ihm bei einem Italiener in Berlin zum Abendessen. Da ich schon während seiner Amtszeit oft in Mannheim war und Mannheim eigentlich seine Heimatstadt war, als Metropole der Region Rhein-Neckar, haben wir uns dort auch später oft getroffen. Wir saßen meistens an einem Tisch und ab da war die alte Zeit für ihn auch gar nicht mehr irgendwo verortet.

Gehler:

Eine Frage, die nun Ihre Rolle als Landespolitiker des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg berührt: Wie weit verspürten Sie in dieser Zeit schon den Einfluss und die Bedeutung der Europäischen Union – auch mit Blick auf Ihre spätere Tätigkeit als Ministerpräsident des Landes? Wie würden Sie diesen Faktor EU im dynamischen Mehrebenensystem Stadt – Region – Nationalstaat – EU einordnen? Was ist Ihnen in Erinnerung geblieben, wie die Europäische Union schon damals für Sie als Landespolitiker spürbar gewesen ist?

Oettinger:

Wir hatten in Baden-Württemberg ein paar sehr prominente Abgeordnete im Europäischen Parlament. Das waren alles Freunde von mir und mit mir in Kontakt. Die besuchte ich auch regelmäßig in Brüssel oder in Straßburg. Zum anderen war es das Projekt der vier Motoren Europas, das auch von Lothar Späth gegründet wurde. Das waren vier große industriell und wirtschaftlich starke Regionen, nämlich Katalonien, Rhône-Alpes, die Lombardei mit Mailand und Baden-Württemberg. Da haben ein paar jüngere Abgeordnete und ich Interesse gehabt, die Kontakte zu halten – auch nach Barcelona, Lyon, Mailand und so weiter. Ich bin immer sehr stark wirtschaftspolitisch engagiert gewesen und die Wirtschaft Baden-Württembergs ist die am stärksten vom Export geprägte Wirtschaft. Das reicht genauer gesagt von Elektrotechnik über Maschinenbauanlagen, Baufahrzeuge bis zur chemischen und pharmazeutischen Industrie. Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes hat für uns gewaltige Vorteile gebracht: Keine Protektion, gleiche Standards, Offenheit, keine Zölle. Das

war in allen Gesprächen und bei allen Betriebsbesuchen immer eine Erkenntnis. Die Auftragsbücher sind geprägt vom Export in den europäischen Binnenmarkt. Damals ging es noch um den kleineren Binnenmarkt mit 12 EG- und 15 EU-Staaten, aber doch schon mit großen Exportmöglichkeiten nach Frankreich, Italien, auf die Iberische Halbinsel oder in das Vereinigte Königreich. Dazu kam dann noch die Lage Baden-Württembergs. Wie gesagt: Elsass, Bodensee, Österreich und der Unterschied am Oberrhein mit der offenen Grenze zu Frankreich und am Hochrhein, bei aller Freundschaft zur Schweiz, mit allerlei vielfältigen Problemen. Da geht es um Währung, Währungsrisiken und öffentliche Auftragsvergabe. In Frankreich ist das eine Chance für Handwerker, in der Schweiz ist das eher geprägt von Kontrolle und Intransparenz. Deshalb hat man, wenn man in Baden-Württemberg aktiv war, am Hochrhein mit den Landräten immer Probleme klären müssen, die es am Oberrhein so nicht gab.

Gehler:

Man spricht auch vielfach von grenzüberschreitender Kooperation. Es gab schon in den 1970er Jahren die ARGE ALP – die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. Dann gibt es, was Sie schon angesprochen haben, die Bodenseeregion. Welche Bedeutung hatte für Sie als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg diese spezielle interregionale Kooperation? Waren Sie hier auch konkret involviert oder haben Sie das eher delegiert? Wieweit hat dieser grenzüberschreitende und formalisierte Zugang zur europäischen Integration eine Rolle gespielt?

Oettinger:

Die Bodenseekonferenz war für mich sehr wichtig. Deshalb auch die Besuche unter anderem in St. Gallen, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Liechtenstein. Ich habe bis heute sehr enge Beziehungen zum Vorarlberger Landeshauptmann und dessen Vorgänger. Unsere Energiewirtschaft hat langjährige Lieferbeziehungen zu den Vorarlberger Ill-Werken – Stichwort Stromspeicherung über Wasserkraft. Unsere Strukturbank des Landes ist an der Vorarlberger Landesbank beteiligt. Es sind also vielfältige Beziehungen vorhanden. Man hat dort zu Stuttgart engere Beziehungen als zu Wien – schon rein geografisch und historisch. Da ist der Bodensee. Ich habe

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Bregenz auf der Seebühne unseren Baden-Württemberg-Treff gemacht und jeden Abend auf der Riesenleinwand mit vielen Gästen aus der gesamten Region, von Liechtenstein bis Bayern, Public Viewing veranstaltet. Das ist bis heute in Erinnerung geblieben. Daneben war ich, gemeinsam mit Hubert Burda, dem Inhaber von Burda Media, für die Gründung der Metropolregion Oberrhein verantwortlich. Das ist eine besondere Metropolregion, weil es nicht nur eine Stadt gibt, wie München oder Stuttgart oder Berlin, sondern eine Perlenkette von Mannheim, Ludwigshafen hinunter über Straßburg, Colmar, Offenburg, Freiburg bis nach Basel. Die Blüte gedeiht ganz stark durch die Zusammenarbeit der Universitäten und der Forschungsstätten der Region: Schweiz, Elsass, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen.

Gehler:

2010 ist ein wichtiges Jahr: Sie wechseln nach Brüssel. Wie kam es dazu und was führte letztlich zu dieser Entscheidung? Für die Öffentlichkeit war das sehr überraschend, erklärt sich aber aus der Unkenntnis Ihrer europäischen Erfahrungen. Sie kamen nicht aus dem europäischen Nichts. Daher die Frage: Wie war das für Sie und wie sind Sie eigentlich nach Brüssel gekommen?

Oettinger:

Es kam überraschend. Es gab ja keine Bewerbung von mir. Wir waren auch schon in den Vorbereitungen für die Landtagswahlen, die im März 2011 stattfanden. Ich war sicher auch nicht die erste Wahl der Kanzlerin, sondern eher die zweite oder dritte Wahl, aber sie wollte, nachdem sie gesehen hat, dass aus anderen Mitgliedstaaten meist nationale Regierungsmitglieder kamen, Deutschland mit einem Minister oder Regierungschef vertreten sehen. Ich habe dann einen Abend darüber nachgedacht und am nächsten Morgen zugesagt. Ich habe mich zwar in diesen acht Jahren ab und zu geärgert, warum ich mir das hier antun muss, aber umgekehrt hätte ich mein Leben lang bereut, es nicht gemacht zu haben. Von daher bin ich eigentlich über diese Anfrage von ihr und unsere Entscheidung froh.

Gehler:

Es ist bemerkenswert, dass Sie praktisch nur eine Nacht gebraucht haben, um diese Entscheidung zu treffen, weil es ja doch ein gewaltiger Einschnitt ist: Abschied von der Position als einer der führenden deutschen Ministerpräsidenten und auf in ein Abenteuer. Ein völlig neues Unternehmen. Sind Sie bekannt für rasche Entschlüsse und ist es Ihnen so leichtgefallen, das Amt des Ministerpräsidenten Baden-Württembergs aufzugeben?

Oettinger:

Nein. Ich bin auch mit vollem Engagement Baden-Württemberger geblieben und habe dort meinen Freundeskreis, meine Familie und so weiter. Flexibel musste man sein. Ich war immerhin 26 Jahre im Landtag und nicht nur fünf Jahre Regierungschef, sondern auch 15 Jahre Fraktionschef und noch ein paar Jahre davor Abgeordneter, Kreisrat und Stadtrat. Es war dennoch ein spannendes Angebot und es war auch gar nicht so einfach, den Lebensmittelpunkt zu wechseln und völlig neu anzufangen. Zumal ja auch die Strukturen, wie Europa funktioniert, komplex sind und erlernt sein wollen. Ich habe mich dann aber in wenigen Wochen eingelebt und eingearbeitet und fühle mich heute wohlbehütet. Vielleicht fragen Sie mich in ein paar Jahren nochmal, ich habe nämlich nicht vor, hiernach in den Ruhestand zu gehen, sondern nochmal was ganz Anderes anzufangen. Von Chicago, über London bis hin zu einem osteuropäischen Land bin ich tatsächlich sehr mobil. Es gibt also durchaus die Überlegung, was hinterher beruflich noch so sein kann.

Gehler:

Sie haben erwähnt, dass es auch andere Kandidaten gab. Sie haben ganz offen gesagt, dass Sie nicht die erste Wahl gewesen sind. Wer waren denn die anderen Kandidaten?

Oettinger:

Das müssen Sie die Kanzlerin fragen, aber ich vermute ganz stark, dass sie auch an Roland Koch gedacht hat, der damals der dienstältere Ministerpräsident war und der ja auch immer eine starke Präsenz in Brüssel und Straßburg für Hessen ausgeübt hat. Von einem anderen weiß ich, dass

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

er einmal hiermit zu tun hatte. Das war Matthias Wissmann. Das war aber in der Zeit als früherer Minister und Bundestagsabgeordneter. Er war ja auch Vorsitzender des Europaausschusses in Berlin. Dann wurde er VDA-Präsident im Jahr 2007 und hatte somit eine neue Aufgabe in der Industrie. Ich würde sagen, dass diese beiden bei der Kanzlerin erste Überlegungen waren.

Gehler:

Was waren Ihre ersten Eindrücke in Brüssel? 2010 war kein einfaches Jahr. Zwei Jahre waren seit der Lehman-Brothers-Insolvenz vergangen, der Vertrag von Lissabon war in Kraft seit 2009, aber 2010 explodierte dann die Griechenland-Causa mit Rettungspaketdiskussionen und allem anderen. Können Sie uns ein wenig Ihre Eindrücke schildern?

Oettinger:

Zunächst war mein Bestreben im Energiedossier voll anzukommen, also in der Energiewirtschaft, aber auch bei den Themen Effizienz und Klimaschutz, im Rat, bei den Experten im Parlament und mit der Wissenschaft. Richtig ist: Ab April 2010, mit dem ersten Rettungspaket für die Griechen und der rasch folgenden Klarheit, dass Portugal, Irland, vielleicht auch Spanien und Zypern folgen werden, war man dann drei, vier Jahre lang damit beschäftigt, ein Zerbrechen der Eurozone zu vermeiden. Ich habe mich sehr stark eingebracht, weil Deutschland natürlich für über 25 Prozent der Garantie- und der Darlehenszonen steht. Deswegen war es sicherlich auch eine Erwartung aus Deutschland, dass ich mich hier in diese Konstruktionen und diese Stabilisierungen einbringe.

Gehler:

Kann man sagen, dass Sie eigentlich über Ihr enger zugeschnittenes, ohnehin schon komplexes Ressort hinaus praktisch auch in anderen Bereichen mitmischen konnten oder sogar mussten?

Oettinger:

Vielleicht bin ich da verdorben, weil ich als Fraktionschef und als Regierungschef in Baden-Württemberg das Recht und die Pflicht hatte, mich um alles zu kümmern und nicht nur in einem Fachbereich aktiv war. Zum anderen ist die Kommission ein Kollegialorgan. Wir haben das Recht,

kollegial als Gesamtgremium zu entscheiden. Wenn man die gesamten Abläufe sieht, mit den Kabinettschefs und den Kabinettsmitgliedern davor und der ganzen Organisation der Dienste, dann wäre es schlecht, wenn wir in 28 Wagenburgen oder Silos arbeiten würden. Ich habe mich vielleicht manchmal, nach Auffassung mancher Kollegen oder auch aus Sicht der Kommissionspräsidenten, José Barroso und Jean-Claude Juncker, zu stark eingemischt, aber das ist mein Verständnis und ich glaube auch, dass es überwiegend die Erwartung der deutschen Politik und Wirtschaft deckt.

Gehler:

Nochmal zum Ressort: War von Anfang an klar, dass Sie für dieses Ressort zuständig sein würden und wer hat das so vorgesehen? War das Barrosos Plan und welche Rolle hat Angela Merkel dabei gespielt? Es ist ja eigentlich nicht von vornherein fix, wer welches Ressort bekommen kann.

Oettinger:

Das Ressort galt als kleines Ressort, aber klar war seit dem Klimagipfel von Kopenhagen 2009, mit den europäischen Anstrengungen zur Treibhausgas-Emissions-Reduktion, dass hier eine Europäisierung kommt – auch durch die Erdgas-Krisen in Russland und der Ukraine in den Jahren davor. Deshalb war das eines von drei Dossiers, die Barroso in meinem Vorstellungsgespräch mit mir einmal angedacht hatte, und ich behauptete, dass dann auch die Kanzlerin von ihm konsultiert wurde und so war die Entscheidung zwischen uns relativ rasch klar.

Gehler:

Sie haben bereits kurz das Wesen der Kommission angerissen. Wären Sie Wissenschaftler, wie würden Sie die Kommission eigentlich definieren?

Oettinger:

Sie ist eine Geschäftsführung Europas auf dem Weg, so hoffe ich, zu einer Regierung Europas.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Sie waren ja auch Vizepräsident der EU-Kommission. Können Sie auf diese Phase einmal zurückblicken? Wir reden von der Barroso-II-Kommission und wie Sie hier auch Einfluss auf andere Ressorts nehmen konnten. Was hat Ihnen die Position des Vizepräsidenten bedeutet und was konnten Sie hier bewirken?

Oettinger:

Dieser Titel war damals ja nicht so von Koordinierung geprägt, wie es heute der Fall ist – ohne eigenes Dossier. Es hat mir sicherlich im Umgang mit den russischen und ukrainischen und aserbaidischen Gesprächspartnern geholfen. In diesen Ländern spielen Schulterklappen und Uniformen eine große Rolle – stärker noch als in Frankreich oder in Spanien.

Gehler:

Zurück zum Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Können Sie ihn beschreiben? Er ist aus integrationsgeschichtlicher Perspektive schon eine historische Figur. Aus Ihrer Erinnerung und Erfahrung: Was war er für ein Typ? Wie würden Sie ihn auch von seiner Rolle als Kommissionspräsident her charakterisieren?

Oettinger:

Ich schätze ihn sehr und mag ihn sehr. Er war mir gegenüber immer kollegial und höflich. Er hat mir im Energiedossier völlige Freiheit gelassen, wollte mich aber regelmäßig sprechen mit der Frage, was die Erwartungen in Deutschland seien und was für Deutschland zumutbar wäre, ob es da rote Linien gebe und wie die Abstimmung über ein Rettungspaket im Deutschen Bundestag laufe. Das waren seine Themen, zu denen er meine Einschätzungen haben wollte. Er ist eher ein vorsichtiger Mensch, aber er kann in kleinem Kreis enorm witzig und offen sein. Ich finde, er war ein guter Präsident und neben dem Thema Eurozone sehe ich eine bleibende Leistung in seinen zehn Amtsjahren, nämlich die Integration von 13 neuen Mitgliedstaaten. Das gab es noch nie. Die ersten zehn kamen 2004, Bulgarien und Rumänien 2007 sowie dann noch Kroatien 2013. Er hat sich die größte Mühe gegeben, die Regierungschefs und auch die

Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppen zu integrieren und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie nicht nur Junior-Partner sind, sondern gleichwertig. Die Aufnahme und Integration von 13 Ländern dürfte sicherlich seine europapolitisch bleibendste Leistung sein.

Gehler:

Gab es ein spezielles Politikfeld, das Barroso besonders angesprochen und in dem er versucht hat, ihm seinen eigenen Stempel aufzuprägen?

Oettinger:

Er hat der Vollendung des Binnenmarktes größte Bedeutung zugemessen. Das war ein Schwerpunkt. Außerdem ist er Portugiese. Er war betroffen ob der Finanz- und Haushaltskrise. Ich meine jedenfalls, sein Ziel war es nicht, der Interessenwahrer Portugals zu sein, sondern Rechte und Pflichten ausgewogen zu definieren, wenn es um Geberländer und Nehmerländer, Darlehen und Garantien im Rettungsschirm ging.

Gehler:

Sie haben als bedeutendste Leistung Barrosos erwähnt, dass der Zuzug von 13 neuen Mitgliedern erfolgt ist – die EU-„Osterweiterung“. Welche Vorstellungen hatte Barroso eigentlich dabei von der zukünftigen Europäischen Union? Als Portugiese dürfte ihm völlig klar gewesen sein, dass die Portugiesen nicht mehr diese Kohäsions- und Strukturfonds-Mittel erwarten konnten, jedenfalls nicht mehr in dem Maße wie vor der Erweiterung. Haben Sie einmal herausfinden können oder bemerkt, was für eine Vision er von Europa hatte? Ich frage ganz gezielt, denn es kommt noch eine Zusatzfrage dazu.

Oettinger:

Er hat mit Sicherheit die Vertiefung der Europäischen Union als Aufgabe und Ziel gesehen. Ob es dann bei ihm die Vereinigten Staaten von Europa gewesen sein sollen, weiß ich gar nicht. Er hat mir und uns gegenüber diesen Begriff nie erwähnt. Er hat uns aber immer Mut gemacht – Stichwort: verstärkte gemeinschaftliche Energiepolitik; klare europäische Klimaschutzziele; Infrastruktur. Nehmen Sie einmal das Programm, das wir jetzt haben: Connecting Europe. Infrastruktur, Straßen, Schienen, Energie und Digitales – aber gebündelt. Dieses Kapitel im Haushalt, das sich von

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

2014 bis 2020 vollzieht, zu gründen, war seine Idee. Während bei den Struktur-Fonds die bisherigen Mitgliedstaaten entscheiden, wohin die Co-Finanzierungsmittel der EU wandern, ist bei Connecting Europe die Kommission federführend. Wir entscheiden, ob wir einen baldigen Konnektor wollen, ob wir einen Reverse Flow wollen, ob wir eine Schienenverbindung entlang der Donau wollen, ob wir eine Straßenverbindung von Norden nach Süden wollen. Hier steht die klare Federführung der Entwicklung durch die Kommission. Connecting Europe war sein Instrument.

Gehler:

Auf einer Pressekonferenz, die man auf YouTube anschauen kann, wird Barroso im Jahr der Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags 2007 von einem niederländischen Journalisten gefragt, was er denn von der These halte, dass Europa ein Superstaat sei. Über diese Frage war er zunächst nicht sehr erfreut. Dann aber begann er in der Beantwortung immer mehr Gefallen an der Frage zu finden. Schließlich meinte er, dass das eine akademische Angelegenheit sei. Am Ende kam er zu dem Schluss, die Europäische Union sei eigentlich ein „non-imperial empire“ – ein nichtimperiales Imperium. Er erklärte das auch noch und führte es aus. Ich möchte das von Barroso Gesagte mit einer Frage an Sie ergänzen: Ist die Europäische Union möglicherweise ein ganz neues postmodernes Imperium sui generis in bewusster Antithese zu den gefallen Imperien im Zuge des Ersten Weltkriegs, die wir alle kennen – vom mare-nostro-Imperium Mussolinis und dem Großgermanischen Reich Hitlers gar nicht zu sprechen? Hat Barroso auch so etwas durchblicken lassen in der Kommission? Das wäre dann nämlich wirklich eine visionäre post-imperiale Interpretation der Europäischen Union gewesen.

Oettinger:

Das wir sui generis sind, war ihm und ist uns klar. Wir sind weder Staatenbund im klassischen staatsrechtlichen Sinne, noch der Bundesstaat und schon gar nicht der Zentralstaat. Und dass wir immer mehr werden und es weiter Erweiterungen gibt, durch die wir mehr Kompetenzen brauchen, war ihm auch klar. Das sind heute die Verteidigungs- und Migrationspolitik sowie der Grenzschutz. Bei ihm waren das damals Klimaschutz,

Energiepolitik und Infrastrukturpolitik. Ich bin mir sicher, dass wir nach der Wahl in Deutschland wieder einen Schub in Richtung „Mehr Europa“ bekommen werden. Verteidigung, Migration, Entwicklungshilfe, Nachbarschaft und Außenpolitik – das ist ein aktuelles Momentum durch die USA und unsere instabile regionale Nachbarschaft. Ansonsten ist Barroso Jurist und ein sehr kluger Kopf, aber ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, wie er jenseits dieser Aussage, die Sie erwähnten, die EU von morgen definieren wollte. Er ist definitiv ein klarer Europäer. Er war zwar ehemaliger portugiesischer Premierminister, aber er hat als Kommissionspräsident für mehr Europa gefochten.

Gehler:

Wie würden Sie die Europäische Union von morgen definieren?

Oettinger:

Ich würde sie als Vereinigte Staaten von Europa – sui generis – von übermorgen definieren. Wir haben einen Tiefpunkt mit dem Brexit erlebt. Einen Tag nach dem Brexit glaubten viele, dass die Briten clever waren. Heute meinen alle, dass sie auf dem Holzweg gewesen sind. Die Tories haben sich verzockt. So makaber es klingt: Der Brexit hilft manchen, darunter aber auch Erdogan, Putin und Trump. Ich bin mir sicher, dass wir eine Stabilisierung der EU erreichen werden, die mit konkreten Projekten wie Verteidigung und Währungsunion eine Vertiefung bedeutet. Irgendwann nach 2030 wird dann die Frage nach der eigenen Staatlichkeit bei einer Erasmus plus-Generation in hohen Funktionen im Vordergrund stehen.

Gehler:

Nochmal zur Kommission Barroso II. Wie würden Sie das Verhältnis zwischen den einzelnen Kommissaren bzw. Kommissarinnen untereinander beschreiben?

Oettinger:

Sehr intakt. Nicht besonders eng, aber sehr intakt. Da gibt es immer ein paar besondere Freundschaften. Mit Johannes Hahn, dem Österreicher, EU-Kommissar für Regionalpolitik und seit 2014 EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, bin

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ich befreundet. Er ist im zweiten Mandat – wie ich auch. Es gab immer intakte Beziehungen, wobei man sagen muss: Wir waren immer sechs oder sieben Liberale, sieben oder acht Sozialisten und dreizehn oder vierzehn Konservative und Christdemokraten, aber die Parteigrenzen sieht man in der Kommission nicht. Im Unterschied zu einer nationalen Regierung werden die Parteigrenzen kaum für das Vorgehen, das Argumentieren oder die Art der Abstimmung relevant.

Gehler:

Wenn Sie zurückblicken auf die Kommission Barroso II: Wen würden Sie, ohne anderen zu nahe treten zu wollen, als besonders starke Kommissare oder Kommissarinnen nennen?

Oettinger:

Stärke hängt von der Person und der Funktion ab. Olli Rehn, Finne und Liberaler, hat diese schwierige Aufgabe gemeistert und genutzt. Joaquín Almunia war ein knorriger, starker Sozialist und als Kommissar zunächst für Währung, dann für Wettbewerb zuständig. Von den Konservativen würde ich Viviane Reding und Michel Barnier nennen.

Gehler:

Viviane Reding war für Justiz zuständig und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Der Franzose Barnier war für den Binnenmarkt Kommissar und ist jetzt Chefverhandler für die Abwicklung des Brexit. Wie schätzen Sie Štefan Füle ein?

Oettinger:

Ja, Füle war im Bereich Erweiterung und Nachbarschaftspolitik sehr engagiert. Auf diesem Feld haben wir ein Moratorium: Die Fortschritte mit der Türkei waren damals noch ein wenig unproblematischer. Es gab zwar den Westbalkan, aber nie irgendwo eine Entscheidung, die er begleitet hat, deswegen war auch das Dossier nie so attraktiv, wie es zuvor mal gewesen ist.

Gehler:

Füle hat sich ja sehr direkt für eine Vollmitgliedschaft der Ukraine ausgesprochen. War das in der Kommission unumstritten?

Oettinger:

Das war zumindest eine Option, zwar nicht in diesem Jahrzehnt, aber in den Jahren 2013 und 2014 haben wir schon sehr konkret über eine deutliche Vertiefung gesprochen. Das ist heute nicht mehr ganz so einfach, weil die ukrainische Regierung Stärken und Schwächen hat und eben auch Rückschläge erlitten wurden. Aber da hat Füle damals von einer Vollmitgliedschaft gesprochen und auch die anderen Kommissare aus Estland, Lettland und Litauen waren sicherlich von einer schnellen Vertiefung der Beziehungen und einer Option der Mitgliedschaft überzeugt.

Gehler:

Barroso-II-Kommission – wie würden Sie generell die Beziehung der Kommission zum Rat und zum Parlament in Ihrer Zeit als Energie-Kommissar beschreiben?

Oettinger:

Zum Europäischen Rat war die Beziehung auf jeden Fall unproblematisch. Beim Rat waren es dann zehn Präsidentschaften. Im Fortschritt gab es stärkere und weniger starke, aber ich hatte nirgendwo eine echte Diskrepanz festgestellt. Barroso war immer um ein ordentliches Verhältnis zu anderen Sektionen bemüht und das gilt auch für das Parlament und dessen Präsidenten – zuletzt Martin Schulz. Ich kann eigentlich nur von sehr intakten Beziehungen in Brüssel und Straßburg sprechen.

Gehler:

Wie war Ihr persönliches Verhältnis zum Rat und zum Parlament? Können wir das noch differenzieren zu dem eben geschilderten allgemeinen Eindruck?

Oettinger:

Bei der Vertiefung der Energiepolitik haben wir beim Rat einiges erreicht. Im Parlament hatte ich mit dem Industrie-, Technologie-, Forschungs- und Energieausschuss und zu wichtigen Köpfen dort ein gutes Verhältnis. Ich habe eigentlich für die Energiethemen nirgendwo einen konfrontativen Gegensatz gespürt.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Zurück zu Ihrem Ressort: Wie haben Sie Ihre Agenda als Energiekommissar begonnen zu entwickeln? Für Sie war es auf der einen Seite ein neues Ressort, auf der anderen Seite war Ihnen das Thema auch nicht völlig fremd – Stichwort Baden-Württemberg. Wie haben Sie sich vorgestellt, die Materie weiter zu entwickeln? Es war ja auch klar, dass so etwas wie eine gemeinsame Energiepolitik ein höchst ambitioniertes, ja visionäres Ziel ist – Stichwort Energieunion.

Oettinger:

Wir haben in Baden-Württemberg die Fusion von den Energieversorgern Schwaben EVS und den Stadtwerken TWS, den Werken Stuttgarts und den Baden-Werken zur Energie Baden-Württemberg und damit den dritten Player in Deutschland hinter RWE und E.ON. Da war schon ein sehr starker europäischer Faktor drin. Es gab ständige Gespräche zwischen mir und den wechselnden EDF-CEOs und dazu dann ein Industrieland mit einem hohen Energiebedarf.

Ich habe im Freundeskreis bis heute einige gute Gesprächspartner, die in führenden Funktionen in der deutschen Energiewirtschaft gewesen sind. Da gab es bis zum abendlichen Glas Wein Gespräche über die Liberalisierung, die Marktöffnung, die Deregulierung, die Privatisierung in der Energie- und Stromwirtschaft. Die Generaldirektion war und ist bis heute hervorragend vertreten. Ich hatte im Kabinett immer Leute, die sich rasch eingearbeitet haben und wir haben dort echt eine Chance gehabt, grenzüberschreitende Infrastruktur, Diversifizierung, Energieeffizienz sowie das Aufkommen der erneuerbaren Energieträger jenseits der Frage nach der Kernkraft anzugehen, die nicht unsere Kompetenz, sondern Sache der Mitgliedstaaten ist. Wir haben über den EURATOM-Vertrag und die Frage der Sicherheit gewisse Funktionen, aber nicht in der Frage der nationalen Nutzung der Kernkraft – ja oder nein? Da gibt es 14 Mitgliedstaaten mit Kernkraft und 14 Mitgliedstaaten ohne und an dem Thema lassen die auch nicht rütteln. Die Bereitschaft, mehr Europa zu wagen, war durchaus vorhanden – Stichwort Gasinfrastruktur, Grenzüberschreitung, Integration aller Teilnehmer in den europäischen

Binnenmarkt, Diversifizierung von Quellen und Routen, weniger Abhängigkeit, mehr eigene Speicherkapazitäten.

Gehler:

Sie skizzieren jetzt im Grunde schon, wie weit europäische Energiepolitik vergemeinschaftbar gewesen wäre oder zum Teil schon ist? Das Thema Energieunion erweckt den Eindruck, dass es etwas Supranationales sein soll – etwas Vergemeinschaftetes, was sich den staatlichen Zugriffen und Kompetenzen entzieht. Wie weit haben Sie hier Grenzen, Möglichkeiten und Widerstände in Erinnerung?

Oettinger:

Viele Energieunternehmen haben ganz oder noch teilweise staatliche Aktionäre oder kommunale oder sogar beides. Die EDF gehört zu 100 Prozent dem Land Frankreich. Da ist klar, dass das in Frankreich bei François Hollande, Nicolas Sarkozy zuvor und jetzt bei Emmanuel Macron ein Thema sein muss. Da geht es um Milliarden und um Arbeitsplätze.

Umgekehrt ist Energie auch ein wahlentscheidendes Thema, siehe Atomenergie, Fukushima, Kernkraftausstieg – das alles sind sehr emotionale Themen oder denken Sie an die Windkraft und die Entfernung zu Wohngebieten. Dann stellt sich die Frage, ob die Energiekosten höher sind, vor allem in den neuen Mitgliedsländern wie Bulgarien. Das alles sind sehr wahlentscheidende Themen, vor allem dann, wenn der Strompreis so sehr steigt, dass sich ein kleiner Haushalt kaum noch Strom leisten kann. Deswegen ist klar, dass meistens sogar der Regierungschef das Thema nicht völlig an Europa abgeben will.

Gehler:

Stichwort Interessengruppen und Lobbys: Welche Erfahrungen haben Sie hier gemacht – positive wie negative?

Oettinger:

Es gibt sicherlich in kaum einem Portfolio so viele Nicht-Regierungs-Aktionen wie in den Bereichen Energie, Umwelt und Klima. Primär kommen diese aus dem umweltpolitischen Bereich. Da ist meistens ein hoher Sachverstand da. Bei einigen ist die Objektivität sehr groß, aber nicht

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

bei allen. Es gibt eben auch ideologische Forderungen und deswegen auf europäischer Ebene und in Deutschland wichtige Ratschläge von NGOs, teilweise eben auch durchsichtige Forderungen, die man, wenn man objektiv und neutral sein will, nur eingeschränkt akzeptieren kann.

Gehler:

Sie haben schon Deutschland angesprochen und Ihre Funktion, die Sie in Brüssel wahrgenommen haben mit Blick auf Angela Merkel und José Barroso, der stets sehr an der deutschen Innenpolitik interessiert war. Sie haben einmal in einem Vortrag im Landtag von Niedersachsen das Wort in Brüssel von der deutschen Angst hinsichtlich der Furcht vor der Atomenergie angesprochen, das man wieder und wieder diskutieren musste. Wie weit hat der Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg Ihre Rolle hier in Brüssel tangiert? Rot-Grün stieg ja zunächst aus. Die Folgeregierung machte das wiederum rückgängig und letztlich ging Merkel quasi zurück zum Start.

Oettinger:

Ich galt danach in Berlin als letzter Deutscher, der die Kernkraft noch für möglich hält und in Brüssel und in den Mitgliedstaaten als derjenige, der den deutschen Ausstieg europäisieren will. Ich wurde von beiden Seiten kritisiert. Wir haben einen Stresstest gemacht in allen Kernkraftwerken der Europäischen Union und strenge Sicherheitsprüfungen durchgeführt, die teilweise auch in erhebliche Nachrüstungen einmündeten. Allein schon den Stresstest derart europäisch zu machen, galt bei einigen Mitgliedstaaten als ein Anschlag auf die nationale Souveränität. Der französische Regulator, also die Kontrollbehörde – mit einem sehr guten Chef, aber auch einem sehr stolzen und elitären Chef – war überhaupt nicht bereit, einen europäischen Stresstest unter den entsprechenden Prüfungskriterien zu akzeptieren. Der politischen Mitte von Deutschland war ich zu kernkraftfreundlich und in den Mitgliedstaaten mit Kernkraft galt ich als der Undercover Agent der Bundespolitik, um den Ausstieg auf den Weg zu bringen.

Gehler:

Wie haben Sie überhaupt diese sehr überraschende Reaktion von Angela Merkel nach Fukushima seinerzeit empfunden, den Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg vorzunehmen? Diese abrupte, nahezu überfallsartige Ankündigung des zukünftigen Ausstiegs aus dem Bereich der Atomenergienutzung. War das für Sie auch so überraschend wie für viele Bundesbürger?

Oettinger:

Der Ausstieg war ja beschlossen, wenn auch auf einer längeren Zeitachse, durch die Regierung Merkel-Westerwelle. Also ging es um zehn Jahre früher. Das war sicherlich eine öffnende Debatte in Deutschland: Die Tatsache, dass wir alle die Japaner als technologisch versiert sahen, Japan als High-Tech-Land betrachteten und die nicht in der Lage waren, ihre Kernkraftwerke entlang dieses Hochwassers und dieser Wucht des Meeres vor Schaden zu schützen. Sicherlich haben auch die Tage später folgenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bei Merkels Entscheidung eine Rolle gespielt.

Gehler:

Rückblickend betrachtet: War das klug, abgesehen von den wahlstrategischen Motiven? Ich frage, weil es Kritiker gibt, die argumentieren, dass noch gar nicht ausgemacht ist, was das die Deutschen kosten wird, wenn sie sich von der Atomenergie verabschieden.

Oettinger:

Rückblickend betrachtet hätte man diese Gesetzgebung von Gerhard Schröder und Jürgen Trittin unter Rot-Grün am besten gelassen. Mir macht in Deutschland Sorge, dass man auch an ungünstigen Standorten Solar- oder Windanlagen installieren kann und sich das entlang der Förderungen trotzdem wirtschaftlich rechnet. Das hätte zur Folge, dass der kleine Mann, der kein Dach sein Eigen nennt und der auch nicht Windparkgenosse werden kann, diese Energiewende mit dem mittlerweile höchsten europäischen Strompreis bezahlen muss.

Gehler:

Es bleiben also gewisse Bedenken.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Oettinger:

Diesen Strompreis kann sich Deutschland leisten, aber andere Länder können sich den nicht leisten.

Gehler:

Als der größte politische Erfolg Ihrer Zeit als Energiekommissar gilt der im September 2014 erzielte Verhandlungsausgleich im Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland. Ist das eine zutreffende Einschätzung und wenn ja: Können Sie uns die Hintergründe dieses politischen Machtspiels um Gaslieferungen aus Russland schildern, d. h. diesen Konflikt, der dann später eskalierte bis hin zu der Krim-Annexion 2014 und dem Krieg in der Ostukraine seit 2015.

Oettinger:

Wir hatten ja zwei Gaskrisen vor meiner Zeit: 2006 und 2009. Aber das war damals noch in einer weniger angespannten Beziehung zwischen Moskau und Kiew als später, denn damals war die Ukraine auf dem Weg zur EU-Assoziierung. Sie wollte NATO-Mitglied und EU-Mitglied werden. Wladimir Putin hatte längst begonnen, aus der Ukraine einen failed state zu machen. Deswegen war der Konflikt 2014 weit gefährlicher als in den Jahren vorher. Da die Ukraine auch noch Milliarden Schulden hatte, war die ganze Angelegenheit viel komplexer. Es ging um Gastransit und Gaslieferungen und einen fairen Preis dafür. Es ging um ein Schiedsgerichtsverfahren und Altschulden – die Ukraine konnte nicht bezahlen und wir mussten Darlehen geben. Ich glaube, wir haben damals den Winter 2014/15 gesichert. Wir haben ein dreiviertel Jahr verhandelt und es in meinen letzten Amtstagen im Oktober dann hingekriegt. Seitdem ist dieses Gaspaket auch die Blaupause geblieben, um bis heute eine vergleichbare Krise, trotz stärkerer Anspannung, vermeiden zu können.

Gehler:

Können Sie uns etwas zu den Akteuren sagen, die involviert waren? Sie waren ein maßgeblicher Mann als Energiekommissar der Europäischen Union.

Oettinger:

Ich war der Moderator. Ich habe diese Gespräche angestoßen, durchgeführt und geleitet. Es gab in Kiew einen starken Premierminister mit Arsenij Jazenjuk, den Staatspräsidenten Petro Poroschenko und wechselnde Energieminister. Hinzu kam noch der CEO der staatlichen Gasversorgungsgesellschaft, deren Tochter dann wiederum das ukrainische Gasleitsystem zu eigen hatte. In Russland waren es zwei Energieminister in meiner Zeit, aber in der Gasverhandlung war es Alexander Walentinowitsch Nowak, der noch immer amtierende Energieminister und der Chef von Gazprom, der natürlich sehr nahe bei Putin war, wodurch es ständige Rückkopplungen zum Kreml gegeben hat.

Gehler:

Was hat eigentlich zu diesem Kompromiss geführt und beigetragen? Ihre Moderation war wichtig, aber haben Sie die verhärteten Fronten aufbrechen und letztlich beide Seiten bewegen können?

Oettinger:

Ich konnte erreichen, dass Altschulden in Milliardenhöhe, die sonst vermutlich jahrelang nicht bezahlt worden wären, von den Ukrainern anerkannt und von uns teilweise finanziert, an Gazprom gezahlt wurden. Umgekehrt wurde der Gaspreis angepasst und die Frage geklärt, zu welchem Preis welche Gasmengen geliefert werden. Das Ziel bestand darin, die großen Gasspeicher der Ukraine und die größten Gasspeicher Europas vor dem Winter zu füllen, weil die Gasliefermengen entlang der Pipelines an kalten Wintertagen nicht ausreichen, um den Gesamtbedarf zu bedienen. Das hieß: Dann liefert Gazprom an die Ostukraine, wo ein Großteil für Wärme und Strom bleibt. Aus den Speichern gehen dann Lieferungen nach Europa über Polen und die Slowakei, um den Bedarf im Westen zu bedienen.

Gehler:

Sie haben schon das Ende Ihrer Amtszeit im Oktober 2014 angesprochen. Hätten Sie eigentlich lieber dieses Ressort weitergeführt?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Oettinger:

Ich habe es gerne gemacht, aber es war eigentlich klar, dass die Regel immer der Wechsel, also Mobilität, war. Was wir unseren leitenden Beamten vorgeben, dass nach vier bis sechs Jahren gewechselt wird in den leitenden Direktionen, das müssen wir natürlich selbst entsprechend vorleben.

Gehler:

Unabhängig davon: Hätten Sie es gerne weitergeführt?

Oettinger:

Ich habe die Themen Digitale Wirtschaft und Gesellschaft sehr gerne gemacht und das Kabinett war eingespielt, aber ich habe dem auch nicht nachgetrauert. Es folgt ein Cut und dann gibt es etwas Anderes.

Gehler:

Sie sind flexibel. Was würden Sie noch für sich als europäische energiepolitische Erfolge nennen, neben diesem Kompromiss zwischen der Ukraine und Russland?

Oettinger:

Infrastruktur: Deutliche Fortschritte beim Ausbau der grenzüberschreitenden europäischen Infrastruktur für Gas und Strom. Der Aufbau von intensiven Beziehungen zu Nachbarn – besonders zum Westbalkan – durch die Energiegemeinschaft. Die Gründung und die volle Belegung der Agentur für Europäische Energieregulation in Ljubljana. Wenn man unsere Ziele für 2030 zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Emissionsreduktion nimmt, dann sind das realistische Vorgaben, die die Balance zwischen Umwelt- und Klimaschutzpolitik und zwischen Verkehrs- und Industriepolitik wahren. Jedenfalls kann ich bisher sagen, dass sich dieser Beschluss der Barroso-Kommission, bei dem meine Abteilung federführend war, in Paris bei den Klimaverhandlungen 2015 durchsetzte. Bisher sind wir auch in der Entwicklung auf dem Weg, diese Ziele fast ohne große Abweichungen zu erreichen und sie auch heute noch als realistisch zu sehen.

Gehler:

Sie haben zu Beginn einerseits gesagt, wenn Sie gewusst hätten, was da auf Sie zukommt, hätten sie lieber die Hände davongelassen, andererseits hätten Sie es aber auch bereut, wenn Sie es nicht getan hätten. Was wären denn solche Beispiele gewesen? Gab es Situationen, in denen es Ihnen schwerfiel, nicht als Deutscher, sondern als Europäer zu agieren, zu handeln und zu entscheiden?

Oettinger:

Wir haben wettbewerbsrechtlich und beihilferechtlich den Bau eines Kernkraftwerks genehmigt. Da hat man mir in Deutschland breit vorgeworfen, wie ich so etwas mitmachen könne. Klar ist aber, dass wir Beihilfe zu prüfen haben. Ist der geplante Tarif für die Investoren in Ordnung? Wir haben nicht zu prüfen, ob man ein Kernkraftwerk bauen darf, aber wohl wissend, dass wir dafür keine Kompetenz haben, ist eine breite Erwartung da gewesen – in Österreich und in Deutschland –, dass wir das mit allen Mitteln zu verhindern versuchen.

Gehler:

Auf der anderen Seite hat man mit großer Anerkennung wahrgenommen, wie rasch Sie sich in dieses Ressort eingearbeitet und ebenso rasch Profil als starker Kommissar gewonnen haben. Wie weit hat, auch für Sie spürbar, die Wertschätzung für Ihre Tätigkeit an sich, unabhängig von Energieinteressen in Deutschland, eine Rolle gespielt? Ich frage gezielt, denn wir hatten mit Martin Schulz, meines Wissens erstmals im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Europäischer Union, einen Repräsentanten, der in Brüssel Profil gewonnen und die Chance bekommen hatte, von seiner Partei als Kanzlerkandidat nominiert zu werden – was auch immer dann für ihn daraus geworden ist. Wäre das für Sie noch eine Option für die Zukunft? Ein Standing haben Sie, ein Profil haben Sie und Sie sind anerkannt.

Oettinger:

Ich habe meine politische Karriere beendet und warte gelassen ab, was auf mich zukommt. Ich will vielleicht noch einmal privatbürgerlich tätig werden und in die Wirtschaft gehen. Mein Ziel war und ist, neben meinem

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ordentlichen Job hier in Brüssel, die Kommission in Deutschland zu repräsentieren und genau genommen diese Funktion des Kommissars bekannter zu machen – durch hohe Präsenz in Gremien, Kammern, Gewerkschaften, Verbänden, Bundestag, Landtag und Einladungen an Länder, hierher zu kommen, was sie ja auch tun. Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass die Konferenz der Regierungschefs der Bundesländer erstmals in Brüssel tagt und nicht wie immer in einer Landeshauptstadt, sondern dass sie unter Leitung von Annegret Kramp-Karrenbauer nach Brüssel kommt und hier einen ganzen Tag intern mit dem Ratspräsidenten Donald Tusk und dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und einigen anderen mehr Gespräche führt.

Gehler:

Zum Begriff des Kommissars: Wir haben uns im Vorfeld des Gesprächs einmal darüber unterhalten. Wie sieht eigentlich jemand, der nach Brüssel kommt und diesen Titel erhält, dessen Definition? Ist die Denomination einem nationalen Minister eigentlich gleichwertig oder vielleicht sogar noch mehr? Der Begriff des Kommissars hat natürlich ganz unterschiedliche Bedeutungen. In Österreich geht der Kommissar um bei Falco und in Deutschland war es Erik Ode, der als Kommissar noch manchem in Erinnerung geblieben ist. Wie gehen Sie mit diesem Titel um? Hat er Sie mit Stolz erfüllt? Hat er Sie auch im Sinne der Rangordnung mit dem Minister gleichgestellt gesehen? Das ist ja auch eine Frage der Wertschätzung und des Umgangs mit Ihrer Person.

Oettinger:

Der Titel ist natürlich in Deutschland nicht von vorne herein allen klar. Am Beginn stand der Hohe Kommissar der Montanunion. Das heißt, es ist ein Titel für internationale Institutionen, kommt aber aus dem englischen und französischen Sprachgebrauch. Das mag vielleicht zeigen, wie gering der Einfluss Deutschlands bei der Gründung der Europäischen Union gewesen war. Das liegt natürlich auch daran, weil Französisch damals die führende Sprache gewesen ist. Dann kam das Englische hinzu. Das heißt, man hat mit dem Titel in New York bei der UN oder in Genf oder in Paris oder in London oder in Hongkong gar kein Problem. Nur in Deutschland hat man ein Problem. Das kann man auch gar nicht mehr ändern. Das bleibt so.

Ich würde sagen, dass das für mich damals kein Abstieg war. Es gibt in Deutschland 160 Minister – 16 Bundesländer plus die Bundesregierung und einen, der Deutschland in Brüssel vertritt. Ab und zu wird man mal angesprochen auf den Tatort-Kommissar oder auch auf den erwähnten Falco, aber damit muss man leben. Die Europäer werden nicht wegen einer deutschen TV-Serie diesen Titel ändern.

Gehler:

Das war auch keineswegs abwertend gemeint. Interessant ist ja: Das höchste Organ der Montanunion hieß in Deutschland nur „Hohe Behörde“. Im Englischen hieß es „High Authority“ und synonym im Französischen „Haute Autorité“. Das ist schon eine aufschlussreiche Sache und zwar ein bemerkenswerter Unterschied.

Zur Kommission noch eine Frage: Wir haben mit Gaston Thorn (1981-1985), Jacques Santer (1995-1999), Romano Prodi (1999-2004), José Barroso (2004-2014) und mit Jean-Claude Juncker (2014-2019) ehemalige Regierungschefs ihrer Länder als Präsidenten der Kommission. Jean Monnet war Präsident der Hohen Behörde der Montanunion (1952-1955). Hat das das Agieren, das Gewicht, die Kompetenzen und die Wahrnehmung der Europäischen Kommission verändert? Mit Juncker ist es immerhin ein ehemaliger Ministerpräsident, der jetzt Präsident der Europäischen Kommission ist. Vorher war es mal ein Staatssekretär im Auswärtigen Amt wie Walter Hallstein. Wie würden Sie das bewerten und einordnen? Ist die Kommission in manchen Punkten regierungspolitischer geworden?

Oettinger:

Jacques Delors (1985-1995) war einerseits mit Sicherheit einer der ganz starken und erfolgreichen Kommissionspräsidenten mit zwei Amtszeiten. Er war seinerzeit Minister in Frankreich, aber kein Präsident, andererseits ist das gut, denn ein Regierungschef, der vom Volk gewählt wird, bringt Erfahrung und Autorität mit – übrigens auch im Europäischen Rat unter Kollegen. Doch zeigt dies eben auch, dass noch immer der Europäische Rat diesen Job selbst vergeben will. Das wird sich aber ändern. Das Anliegen, Spitzenkandidaten bei den europäischen Parlamentswahlen 2014 zu präsentieren, war sicherlich primär ein deutsches Thema mit Martin Schulz

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

und dem deutschsprachigen Jean-Claude Juncker, aber das wird sich so nicht fortsetzen. Es wird nicht immer Spitzenkandidaten geben, die Premiers waren. Es wird irgendwann also wieder jemanden geben, der nie Premier gewesen ist, was auch gut so ist. Wir haben jetzt eine große Zahl von ehemaligen Premiers in der Kommission, die mir offen sagen, wenn sie gewusst hätten, wie intensiv in der Kommission gearbeitet wird, hätten sie manches im Rat positiver – pro Kommission – gesehen. Insofern wünsche ich mir eigentlich erst einmal, dass Kommissare Premierminister werden und aus der Kommission Erfahrungen mitnehmen für die Tätigkeiten im Europäischen Rat.

Gehler:

Österreichs ehemaliger EG-Botschafter und Ständiger Vertreter in Brüssel, Manfred Scheich, der die österreichischen Beitrittsverhandlungen 1993/1994 geleitet hat – gemeinsam mit Schweden und Finnern – vertrat in einem Expertengespräch die These, dass dadurch, dass Kommissionspräsidenten auch einmal ehemalige Regierungschefs waren, sich die primäre Aufgabe der Kommission, Hüterin der Verträge zu sein, verschoben habe und sie manchmal nicht mehr so sehr die Hüterin gewesen sei – Stichworte sind die CO₂- oder die Maut-Regelung. Die Kommission habe hier praktisch politisch im Sinne eines Mitgliedstaats agiert, was von ihrer eigentlichen Kompetenz, Hüterin der Verträge zu sein, ambivalent zu sehen sei. Dadurch würde sie sich von ihrer ureigensten Aufgabe, Wahrerin der Gemeinschaftsmethode zu sein, entfernen.

Oettinger:

Wir sind und bleiben Hüterin unserer Verträge, aber wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch neue Aufgaben bekommen. Jean-Claude Juncker hat ja auch offensiv gesagt, es sei eine politische Kommission. Damit entspricht er diesem Trend. Da müssen wir sicher aufpassen, denn Wettbewerbsrecht und Kartellrecht muss man unpolitisch prüfen, sonst fällt man beim Europäischen Gerichtshof auf die Nase. Also, Bußgelder dürfen nicht politisch bestimmt, sondern müssen objektiv nachvollziehbar sein. Wir müssen aufpassen, dass wir in der Eurozone – Stichwort Bewertung von Haushaltsstrukturen – nicht zu politisch werden und nicht die Folgen von nationalen Wahlen erleiden. Ausschlaggebend ist

aber umgekehrt: Auf dem Weg von der Geschäftsführung zur Regierung entspricht das genau diesem Trend.

Gehler:

Sie haben die Kommission in Zeiten größter Krisen erlebt. Sehr hektisch und aufgeregt wurde in den Jahren von 2010 bis 2017 schon vom Zerfall der Europäischen Union geredet, ohne dabei in historischer Kenntnis zu wissen, welche Krisen die EG schon erlebt und gemeistert hatte. Wie haben Sie die Rolle der Kommission als Krisenmanagerin empfunden? Kritiker sagen, sie habe kaum eine Rolle gespielt und der Hauptakteur wäre EZB-Präsident Mario Draghi mit der Europäischen Zentralbank oder der Internationale Währungsfonds gewesen. Andere sagen, die Kommission wäre aktiv gewesen, hätte Stellung bezogen und sich eingebracht. Wie haben Sie das in Erinnerung, wie würden Sie das einordnen?

Oettinger:

Ich sehe die Kommission derzeit im Bereich Flüchtlinge und Migration, Grenzschutz, Grenzkontrolle, Hilfe für Bulgarien, Griechenland und Italien als sehr erfolgreiche Institution an. Wir machen, was wir machen können. Das gilt sowohl im Bereich Haushalt und Umschichtung, als auch im Bereich der Gesetzgebung, aber im Bereich der Eurozone müssen wir Folgendes sehen: No bail out. Diese Klausel gilt für uns. Deswegen war von vorne herein klar, Hilfe zu garantieren. Darlehen konnten nicht durch EU 28 kommen, zumal ja Euro 19 ein Teil davon ist, sondern nur durch die Gründung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, auf intergouvernementale Art und Weise. Die Mitgliedstaaten direkt waren nicht gebunden durch diese Vertragsklausel. Hinzu kommt: Unser Haushalt hat 150 Milliarden. Das ist ein Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Damit ist von vorne herein die Dimension klar, um die es hier geht. Es war klar, dass das die Mitgliedstaaten machen müssen. Dazu kommt natürlich: Manche nationalen Parlamentarier sind immer ganz froh, wenn die Kompetenzerweiterung Richtung Straßburg und Brüssel irgendwo verzögert oder gestoppt wird. Mancher Regierungschef und manche Regierung in den Mitgliedstaaten sehen das ebenso, aber ich glaube, diese Entwicklung zu „Mehr Europa“ wird sich, im Angesicht der Aufgaben, die vor uns liegen, fortsetzen.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Ein paar Fragen noch zum Ausblick. Ab 2014 waren Sie nach Ihrer Tätigkeit als Energiekommissar schließlich zuständig geworden für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Wie kam es dazu und was waren die Entscheidungsmechanismen im Hintergrund? Es gibt ja – über die Medien transportiert – auch die These, dass Angela Merkel sehr starken Wert daraufgelegt hat, dass der Kabinettschef von Jean-Claude Juncker ein Deutscher wird – Martin Selmayr – und dass man das auch mit der zukünftigen Ressortzuständigkeit und Ihrer zukünftigen Rolle als Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft legitimiert hat. Man hat interpretiert, es sei eine Wertminderung und Zurückstufung mit Blick auf das sehr relevante Ressort Energie im Vergleich zur Digitalen Wirtschaft und Gesellschaft gewesen. Was ist da dran? Wie ist das aus Ihrer Sicht zu beurteilen?

Oettinger:

Jean-Claude Juncker wurde recht spät Spitzenkandidat. Viviane Reding war auf dem Weg ins Parlament und hat ihren Kabinettschef praktisch empfohlen mit der Behauptung, die Entscheidung zu Selmayr sei eine Entscheidung von Juncker, denn er habe ihn im Wahlkampf schätzen gelernt. Die Deutschen neigen dazu, das Ressort, das ein Deutscher bekommt, als zu wenig zu gewichten. Das war bei Energie genauso.

Die Digitale Revolution ist die prägende technologische und soziale Entwicklung unserer Wirtschaft in der Gegenwart und wird anhalten und ich kenne kaum ein Feld, bei dem die Bereitschaft zur Europäisierung so stark gegeben ist wie im digitalen Bereich. Von Großforschung der Robotic, Micro-Nano-Electronics über den Ausbau der digitalen Infrastruktur und gemeinsamen Standards bis hin zum Thema der Wahrung europäischer Interessen wie Urheberrechtsschutz gegenüber den großen Spielern aus Kalifornien und aus Asien. Ich bin sicher, man wird zum Ende des Mandats nicht behaupten, dass Digitale Wirtschaft und Gesellschaft ein kleines Ressort war. Es ist ein prägendes Ressort, wenn man den Standort Europa im globalen Wettbewerb sichern will.

Gehler:

Wenn man die deutschen und österreichischen Einschätzungen zur Entwicklung und Lage der EU beurteilen sollte, was in Brüssel alles abgeht, um es einmal salopp zu sagen, hat man oft den Eindruck, dass die Beobachter – zum Teil auch Journalisten – nicht immer ganz auf der Höhe des Geschehens sind bzw. sein können, viel zu komplex ist es schon geworden. Einmal abgesehen davon: Es wundert schon etwas, dass seit Hans von der Groeben kein Deutscher mehr Wettbewerbskommissar geworden ist. Das ist ja eines der Schlüsselressorts der EU – ja eigentlich eines der wichtigsten seit den Römischen Verträgen.

Oettinger:

Das halte ich für klug, denn es gibt kaum einen Wettbewerbsfall, an dem kein deutsches Unternehmen beteiligt ist. Die Befangenheit spielt da eine Rolle. Es ist ja auch kein Franzose Wettbewerbskommissar geworden. Im Regelfall sind es Belgier und Spanier. Spanien ist kein Industrieland, sondern ein Tourismusland. Deshalb ist es vielleicht ganz gut so, den Wettbewerbskommissar nicht aus den großen Industrieländern zu bestimmen. Es gibt so viele Verfahren, bei denen deutsche Industrieinteressen berührt werden.

Gehler:

Im Jahr 2017 übernahmen Sie auch das Ressort für Finanzplanung und Haushalt – sicher kein irrelevantes Ressort. Was steht Ihnen jetzt bevor mit Blick auf den Brexit? Wir wissen ja, wie schwer es ist, immer wieder eine finanzielle Rahmenplanung vorzunehmen und den sogenannten Finanzfrieden innerhalb der Europäischen Union zu bewahren. Jetzt steht dieses Szenario mit vielen Hürden und Herausforderungen bevor.

Oettinger:

In weiten Bereichen muss es mir gelingen, die Motivation für unsere Beamten und die Gewinnung von qualifizierten Leuten für die Europäische Kommission zu erhalten. Im ersten Bereich Haushalt haben wir große neue Aufgaben: Migration, Großforschung, Infrastruktur und mit Verteidigung und Brexit haben wir eine strukturelle Deckungslücke von zehn bis zwölf Milliarden. In dem Umfeld müssen wir den nächsten Haushaltsrahmen für

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

das nächste Jahrzehnt einplanen. Wir, als EU-Kommission, haben den formellen Vorschlag ja im Mai 2018 gemacht. Jetzt sind Rat und Parlament gefragt, sich bis Mai 2019 auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Das wäre ideal, weil danach die EU-Parlamentswahlen stattfinden, die neue EU-Kommission bestellt wird und eine Einigung in Sachen Finanzplanung daher noch schwieriger und wahrscheinlich sehr spät stattfinden wird.

Gehler:

Sie haben vorher angesprochen, dass es immer wieder intergouvernementale Konstruktionen gegeben hat, um integrationspolitische Schwierigkeiten zu überbrücken. Ist das weiter die pragmatisch realistische Methode, die Sie erwarten? Andersherum gefragt: Wenn es denn möglich wäre, einen neuen Unionsvertrag nach Lissabon zu bekommen: wie sollte so ein Vertrag dann aussehen? Was würden Sie einbringen für einen zukünftigen Unionsvertrag?

Oettinger:

Zahlreiche Projekte in den Bereichen der Währungs- und Wirtschaftsunion, der Haushaltsstruktur, der gemeinsamen Verteidigungspolitik und der sicherheitspolitischen Interessenwahrung sind voran zu bringen – mit der Kanzlerin und mit Macron. Ich glaube jedoch nicht, dass wir in der Juncker-Kommission noch eine Vertragsänderung anstoßen werden. Ich glaube, unsere Aufgabe ist – Stichwort Brexit – die Stabilisierung Europas zu erreichen. Da haben wir gewisse Teilerfolge und dann wird es Anfang des nächsten Jahrzehnts von der Generation nach Juncker und der neuen Kommission die Frage geben: Stoßen wir eine Vertragsänderung an? Schlagen wir einen neuen Konvent vor? Was sind die großen Themen, bei denen man europäische Kompetenzordnungen ändern sollte?

Gehler:

Habe ich Sie richtig verstanden: Erst, wenn der Brexit geregelt ist, kann es integrationspolitisch weitergehen?

Oettinger:

Wenn wir vollends aus der Krise sind. Wenn das Projekt EU27 stabil dasteht.

Gehler:

Wie beurteilen Sie das Verhalten der mittelosteuropäischen Staaten in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen? Gibt es ausreichend Druckmittel, sie zu einer vereinbarungsgemäßen Haltung zu bewegen?

Oettinger:

Ich denke, dass die Migration einer der Bereiche ist, in dem europäischer Mehrwert sichtbar wird und wir deshalb gemeinsam nach europäischen Lösungen streben sollten. Durch den Binnenmarkt und den Schengen Raum sind die Außengrenzen Europas auch zur Sache der Länder geworden, die nicht direkte Anrainer des Mittelmeeres sind oder eine Grenze mit unseren Nachbarn im Osten haben. Es gilt also, hier gemeinsame Aufgaben zu erfüllen, die sich von der Grenzsicherung bis hin zur klugen Steuerung von Migration erstrecken. Wenn nun einzelne Staaten in einem dieser Bereiche weniger leisten können, muss dies aber im Gesamtzusammenhang unserer gemeinsamen Grenzverantwortung ausgeglichen werden. Hier bin ich der Meinung, dass wir auch noch stärker die Spielräume im EU-Budget nutzen sollten, um zu einer fairen Lösung für alle Beteiligten zu kommen.

Gehler:

Welche Aussichten sehen Sie bei den Vertragsverletzungsverfahren?

Oettinger:

Die Europäische Kommission ist die Hüterin der Verträge, das ist eine unserer vordringlichen Aufgaben. Es sollte daher klar sein, dass im Falle von Verstößen gegen die gemeinsam geschaffenen Regeln ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden muss, um die Verträge zu schützen. Gleichzeitig versuchen wir natürlich immer auch in Gesprächen mit betroffenen Mitgliedstaaten zu einer gütlichen Einigung zu gelangen und so die Einhaltung der Regeln zu gewährleisten. Ich denke, dass dies auch im Falle der momentan anhängigen Verfahren gelingen kann.

Gehler:

Wie beurteilen Sie das bisherige Brexit-Verhandlungsszenario, sowohl von britischer als auch Brüsseler Seite?

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Oettinger:

Die Briten haben sich im Juni 2016 per Referendum dafür entschieden, einen Prozess zum Ausstieg aus der Europäischen Union anzustoßen. Dies bedauern wir von europäischer Seite natürlich sehr, da Großbritannien ein wichtiger Partner, nicht nur in Fragen der Sicherheitspolitik, sondern auch der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie in vielen anderen Bereichen ist und auch in Zukunft sein wird. Gleichzeitig müssen wir natürlich die Entscheidung des britischen Volkes akzeptieren. Es kann nun also nur darum gehen, alles zu tun, um zu einer guten Lösung zu kommen und den vier Grundfreiheiten auch in Zukunft zur Anwendung zu verhelfen. Über viele der Verhandlungspunkte ist ja bereits eine Einigung erzielt worden, sodass ich hoffe, dass dies auch im Hinblick auf die noch offenen Fragen möglich sein wird.

Gehler:

Wie könnte letztlich ein Kompromiss zur Wahrung des Finanzfriedens angesichts des Brexit für die übrigen EU-Mitglieder aussehen?

Oettinger:

Durch den Brexit fehlen im EU-Haushalt strukturell jährlich 12 bis 14 Milliarden Euro. Um diese Lücke zu schließen, haben wir mit der Formel 50:50 gearbeitet. Etwa die Hälfte der Lücke soll durch Einsparungen in bestehenden Programmen geschlossen werden. Etwa haben wir vorgeschlagen, die Agrarpolitik um fünf Prozent (Direktzahlungen vier Prozent) und die Kohäsionspolitik um knapp sieben Prozent zu kürzen. Die andere Hälfte soll durch frisches Geld geschlossen werden. Letztlich verbindet sich damit natürlich die Frage, wie viel den Mitgliedstaaten Europa wert ist und ob wir uns in Zukunft als starke Union im globalen Wettbewerb behaupten wollen.

Gehler:

Wie sollte ein neuer Elysée-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich aussehen und was könnte er für die übrigen Mitglieder bewirken?

Oettinger:

Deutschland und Frankreich haben 1963 nach dem Grauen zweier Weltkriege im Elysée-Palast mit dem Vertrag über die deutsch-französische

Günther H. Oettinger

Zusammenarbeit den Grundstein für eine besondere Freundschaft zweier einstmals verfeindeter Nationen gelegt. Heute zählen sie zu den politisch und gesellschaftlich am engsten miteinander verwobenen Ländern in Europa und haben im Prozess der europäischen Einigung stets eine treibende Kraft dargestellt. Insofern sind die Bestrebungen anlässlich der 55jährigen Wiederkehr dieses Freundschaftsvertrages eine noch engere Verzahnung der nationalen Wirtschaftsräume anzustreben, die Zusammenarbeit in den Grenzregionen zu intensivieren und sich auch im Bildungsbereich sowie bei weiteren Themen noch enger abzustimmen nur zu begrüßen. So ein Impuls der Erneuerung in den deutsch-französischen Beziehungen kann für die Weiterentwicklung Europas nur hilfreich sein.

Gehler:

Herr Oettinger, ich bin Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, dass Sie sich trotz Ihrer zahlreichen aktuellen Aufgaben und drängenden Verpflichtungen in Brüssel die Zeit für dieses Gespräch genommen haben.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 237 (2016) Matthias Vogl/Rike Sohn
Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa. ZEI
Forschungskooperation mit dem West Africa Institut (WAI) von 2007 bis 2016
- C 238 (2016) Matteo Scotti
Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). An Insight into
Transatlantic Relations and Global Context
- C 239 (2017) Michael Gehler
Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU-
und NATO-„Osterweiterungen“ 1989-2015 im Vergleich
- C 240 (2017) Tapio Raunio/Matti Wiberg
The Impact of the European Union on National Legislation
- C 241 (2017) Robert Stüwe
EU External Energy Policy in Natural Gas: A Case of Neofunctionalist Integration?
- C 242 (2017) Ludger Kühnhardt
Weltfähig werden. Die Europäische Union nach dem Biedermeier
- C 243 (2017) César Castilla
Perspectives on EU-Latin American Cooperation: Enhancing Governance, Human
Mobility and Security Policies
- C 244 (2017) Joe Borg
The Maltese Presidency of the European Union 2017
- C 245 (2018) Ludger Kühnhardt
The New Silk Road: The European Union, China and Lessons Learned
- C 246 (2018) Teodora Ladić
The Impact of European Integration on the Westphalian Concept of National
Sovereignty
- C 247 (2018) Wolfgang Reinhard
Die Expansivität Europas und ihre Folgen
- C 248 (2018) Joseph M. Hughes
“Sleeping Beauty” Unleashed: Harmonizing a Consolidated European Security and
Defence Union
- C 249 (2018) Rahel Hutgens/Stephan Conermann
Macron's Idea of European Universities. From Vision to Reality
- C 250 (2018) Javier González López
Bosnia and Herzegovina: a Case Study for the Unfinished EU Agenda in the
Western Balkans
- C 251 (2019) Günther H. Oettinger
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit
Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>. For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

